

Die Politikwissenschaft ist eine „Wissenschaft von der Demokratie“ (Karl Dietrich Bracher). Eine ihrer Hauptaufgaben besteht darin, sich „um Klarheit, Genauigkeit und Redlichkeit der zentralen Begriffe unserer politischen Sprache“ (Peter Graf Kielmansegg) zu bemühen. Zu den zentralen, umstrittenen und oft missbrauchten Begriffen der politischen Sprache gehört (neben dem Demokratie-Begriff) der Terminus „Extremismus“. Wie andere politische Begriffe bewegt er sich „im Spannungsfeld zwischen analytischer und wertender Betrachtungsweise“ (Peter Graf Kielmansegg). Damit ist er nicht vor Entgrenzung gefeit. Deshalb ist es wichtig, seine Trennschärfe zu erhöhen und ihn normativ zu präzisieren. Ziel ist es, definitorische Grenzen zu ziehen zwischen wirklichem und vermeintlichem Extremismus. Je präziser „Extremismus“ gefasst ist, desto genauer kann er die extremistische Empirie beschreiben und desto weniger anfällig ist er für inflationären Gebrauch beziehungsweise Missbrauch in Politik und Politikwissenschaft. Derzeit droht vor allem die Komplizenschaft von SPD und extremistischer PDS, den Extremismus-Begriff zu verwässern und zum Wieselwort abzuwerten.

Extremismus umfasst üblicherweise mindestens drei zentrale Merkmale. Extremisten meinen *erstens*, in ihrer Doktrin die einzig wahre Weltansicht gefunden zu haben: Der Wahrheitsanspruch von Extremisten ist kategorisch. Deshalb kämpfen Extremisten *zweitens* vehement gegen andere Interessen, Wertvorstellungen

und Lebensformen: Extremisten kennzeichnet ein Rigorismus im Formulieren und Handeln. Dabei fixieren sie einen „Sündenbock“, den sie zum Alleinverursacher von zentralen Missständen stilisieren und damit als Feindbild nutzen, das im Innern der eigenen Formation integrierend wirken soll. Deshalb mutieren „Sündenböcke“ für Extremisten oft zum Feind, der das Böse an und für sich verkörpert. Fanatismus und Hass sind Hauptantriebskräfte extremistischer Politik. Deshalb haben Extremisten *drittens* Schwierigkeiten, demokratischen Pluralismus zu akzeptieren: Sie sind heterophob. Doch „eine Vielheit ist das Volk, keine Einheit“ (Aristoteles).

Missachtung von Grundwerten

Mit der Kombination aus kategorischem Wahrheitsanspruch, Antipluralismus und Rigorismus wenden sich Extremisten nicht nur gegen die konkrete Ausgestaltung einer freiheitlichen Ordnung, sondern missachten (neben zentralen Verfahrensregeln) Grundwerte der freiheitlichen Demokratie: Vor allem die Fundamentalgleichheit aller Menschen – die Gleichwertigkeit aller Menschen unabhängig von Rassen- und Klassenunterschieden, unabhängig von Religion und Nationalität. Damit beginnt Extremismus nicht erst bei antidemokratischen Methoden (Verstöße gegen das Gewaltmonopol des demokratischen Rechtsstaates), sondern bereits bei antidemokratischen Zielen, wobei die Grenzen zwischen extremistischen Zielen und Methoden mitun-

ter zerfließen. Dagegen gründet die freiheitliche Demokratie auf einem Denken, das sich – auf der Basis eines Grundkonsenses – für fehlbar hält; ein Denken, das eine Vielfalt an Überzeugungen als grundsätzlich legitim akzeptiert; ein Denken, das Politik nicht als Krieg gegen einen Feind begreift, das differenziert statt diskreditiert, das Distanz zu sich selbst beweist. Denn die freiheitliche Demokratie lebt von konstruktiven Kompromissen. Doch Extremisten bemühen sich oft, Kompromisse als grundsätzlich „faul“ abzuqualifizieren. Die Agitation der Extremisten arbeitet mit Lügen, aber vor allem mit Halbwahrheiten, die schwer zu enttarnen sind. Entgegen manchen Annahmen und Unterstellungen gehört zum Extremismus sowohl Rechts- als auch Linksextremismus – beide implizieren einander schon sprachlich. Mit anderen Worten: „Jeder Rechtsextremist ist ein Antidemokrat, aber nicht jeder Antidemokrat ist ein Rechtsextremist“, so Klar-
 texter Eckhard Jesse. Denn: „Das Wahre ist das Ganze“ (Hegel). Gerade durch systematische Vergleiche (statt durch absurde Gleichsetzungen) von rechts- und linksextremen Parteien lassen sich neben Ähnlichkeiten auch Unterschiede präziser herausarbeiten. Für den größten Triumph des Kommunismus hält François Furet die verbreitete Weigerung, Kommunismus und Nationalsozialismus zu vergleichen. Analog sind Versuche illegitim, Vergleiche von PDS und REP zu tabuisieren.

Stärkste Kraft des Extremismus

Bei der letzten Bundestagswahl scheiterten sowohl die REP (0,6 Prozent beziehungsweise gut 280 000 Zweitstimmen) als auch die PDS (4,0 Prozent beziehungsweise gut zwei Millionen Zweitstimmen) an der Fünf-Prozent-Hürde. Die REP verloren 625 000 Stimmen beziehungsweise 1,2 Prozent-Punkte; die PDS schrumpfte

(weniger aus strukturellen, mehr aus konjunkturellen Gründen) um 600 000 Stimmen beziehungsweise 1,1 Prozent-Punkte – die große Mehrzahl der früheren PDS-Wähler ging zur SPD oder ins Nichtwähler-Lager. Allerdings errang die PDS am 22. September 2002 zwei Direktmandate. Die PDS war damit nur ein Direktmandat davon entfernt, wie 1994 als Gruppe mit einem Zweitstimmenanteil von vier Prozent in den Bundestag einzuziehen. Vorerst bleibt die PDS eine relevante Kraft, vor allem in mehreren Landtagen und zwei Landesregierungen. Im extremistischen Spektrum ist sie derzeit die klar stärkste Partei.

„Sündenböcke“

Ähnlich wie rechtsextreme Parteien ver-
 ficht die linksextreme PDS ihre Doktrin mit Vehemenz. Die kategorische Weltsicht der rigorosen und antipluralistischen PDS produziert Feindbilder. Während wirklich oder vermeintlich Fremde das personifizierte Hauptfeindbild rechtsextremer Parteien bilden, richtet die PDS ihre Freund-Feind-Propaganda vorrangig gegen die Träger des angeblichen „Kapitalismus“ in der Bundesrepublik. Beide, sowohl PDS als auch rechtsextreme Parteien, insinuiert oder betonen, der „Kapitalismus“ beziehungsweise „die“ Fremden seien haupt- beziehungsweise alleinverantwortlich für Probleme wie Arbeitslosigkeit, „Sozialabbau“, Kriminalität und Umweltverschmutzung. Ihre Sündenbock-Agitation bietet extremistischen Parteien die Basis, um rigide Lösungen zu fordern – bei rechtsextremen Parteien wie REP, DVU und NPD nach dem Muster „Ausländer raus“.

Stärker als NPD und DVU versuchen die REP, gemäßigt zu scheinen. Die REP wenden sich gegen die angebliche „Inländerfeindlichkeit“ und „Entdeutschung Deutschlands“. Im Unterschied dazu fordert die PDS eine beinahe grenzenlose Zuwanderung nach Deutschland, von

der wahrscheinlich rechtsextreme Parteien profitierten – und damit möglicherweise indirekt auch die „antifaschistischen“ PDS. Diese will das Asylrecht ausdehnen auf Menschen, die vor „sozialen und ökologischen Katastrophen flüchten“. Allerdings: In Ostdeutschland sind es vor allem die Anhänger der antipluralistischen Neo-SED, die laut Forsa meinen, in Deutschland gebe es zu viele Ausländer, wobei der Ausländer-Anteil in allen jungen Bundesländern jeweils bei rund zwei Prozent liegt; doch in Thüringen meint knapp ein Viertel der Bevölkerung, der Ausländer-Anteil im Freistaat liege über zwanzig Prozent, wie eine Analyse von Karl Schmitt aus Jena enthüllt. Von der doppelten Staatsangehörigkeit, so klagt die PDS-Spitzenpolitikerin Angela Marquardt, „hat die PDS selbst viele ihrer Mitglieder nicht überzeugen können“.

PDS und Demokratie

Die REP bezeichnen sich als „einzige noch verfassungsgemäße Partei auf dem Boden des Grundgesetzes“; die PDS fordert die „Demokratisierung der Demokratie“ und wehrt sich „gegen die Aushöhlung des Grundgesetzes“.

Um sich als besonders demokratisch zu präsentieren, fordern REP und PDS mehr plebiszitäre Elemente. Seit langer Zeit bemühen sich REP und PDS, das eigene Programm zu maskieren – bald will die PDS ein neues Programm beschließen. Doch ähnlich wie REP-Funktionäre agitieren PDS-Apparatschiks immer wieder offen gegen die freiheitliche Demokratie: Klar sei, „dass Demokratie und Meinungsfreiheit in diesem Staat nicht das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben stehen“. Andere PDS-Funktionäre erklären: „Die gegebenen Systeme der parlamentarischen Demokratie geleiten die Menschheit geradewegs in den Tod.“ Laut aktuellem PDS-Programm war die Wiedervereinigung ein „An-

schluss“ – ähnlich wie Hitlers Politik gegenüber Österreich 1938.

Sarah Wagenknecht, Leitfigur der „Kommunistischen Plattform“, befindet: „Die DDR war nicht undemokratischer als die Bundesrepublik.“ Kaum ein PDS-Bonze versteht es wie Gysi, geläutert zu scheinen. Doch nicht irgendein Vertreter der „Kommunistischen Plattform“ oder des „Marxistischen Forums“, sondern Gysi höchst selbst bekundet über die Mauer-Morde: Der „Schießbefehl an der Grenze gehört – leider – zur Souveränität eines Staates“. Auch warnt er vor „übertriebenem Legalismus“ und der „Überbewertung des Rechtes“. Die Bundesrepublik habe, so Medienstar Gysi, einen „totalitären Machtanspruch“. Ist es legitim, einen solchen Mann sogar zum Talkmaster einer öffentlich-rechtlichen Anstalt zu machen, wie es der MDR getan hat? Als der MDR diese Sendung nach wenigen Wochen aus dem Programm nahm, weil sie sehr zäh floss und keine übermäßigen Einschaltquoten errang, erklärte Gysi: „Damit ist erwiesen, dass Opportunismus, politische Einflussnahme und Zensur in den Medien kein alleiniges Privileg der DDR waren.“

Die PDS bezeichnet die pluralistische Demokratie als „Scheindemokratie“. Allgemeine, freie, geheime, gleiche, direkte Wahlen nennt sie „Wahlfetischismus“. Immerhin böten Wahlkampf und Parlamente die Chance, linke Inhalte in die Medien zu transportieren. In ähnlicher Wortwahl wie von Arnim und von Weizsäcker erklären die REP, die verfassungstreuen Parteien hätten sich „unser Land zur Beute gemacht“. Alternativ bezeichnen führende Funktionäre der REP andere Politiker als „Volksverdummer“ oder „Oberbetrüger“ – und Wähler als „Stimmvieh“. Mit ihren Verbalattacken versuchen PDS und rechtsextreme Parteien, populären Parteienverdruss zu schaffen beziehungsweise zu schüren, politische Auseinandersetzungen zu eskalieren und die plu-

realistische Demokratie zu schwächen, zum Beispiel durch puristische Überforderung oder abwegige Überzeichnung. Ziel dabei ist es offensichtlich, Parteien und Politiker insgesamt als abgehoben, inkompetent und korrupt zu diskreditieren. Mit gewöhnlichem Streit in politischen Debatten verbindet solche oft rüden Umgangsformen wenig.

Weil PDS und rechtsextreme Parteien die Verfassung bekämpfen, bekämpfen sie jene, die – wie der Verfassungsschutz – Verfassungsfeinde beobachten (müssen). Ähnlich wie rechtsextreme Parteien versucht die PDS, den Verfassungsschutz auf maliziöse Art zu diskreditieren („keine neue Stasi“), und fordert sogar die „Auflösung aller Geheimdienste“. Helmut Holter, angeblich eine innerparteiliche „Taube“, äußert sich über die Stasi: „Spione hin oder her – man kann ja mal überlegen, was Herr Kinkel war in seiner Geschichte. Kinkel war Chef des Geheimdienstes der Bundesrepublik.“ Tatsächlich ähneln die Unterschiede zwischen Stasi und Verfassungsschutz BND und MAD dem Unterschied zwischen Küchenhocker und Kirchturm: Der Verfassungsschutz veröffentlicht zum Beispiel, anders als es die Stasi tat, viele seiner Arbeitsergebnisse – seine Arbeit ist deshalb nur teilweise geheim; kontrolliert von frei gewählten Abgeordneten, schützt er mit rechtsstaatlichen Mitteln vor allem eine freiheitliche Demokratie. Die Verbalattacken der PDS gegen den Verfassungsschutz hindern die Partei selten daran, über Rechtsextremismus zu klagen, aus dem sie viel politischen Honig saugt, um die eigene Existenz zu legitimieren.

Immerhin bemerkt PDS-Chefideologe André Brie: „Wir müssen ein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie finden.“ Der langjährige PDS-Bundesgeschäftsführer Bartsch ergänzt: „Die PDS muss eine pluralistische Partei bleiben. Ich bin dafür, dass es Kommunistinnen und Kommunisten in der PDS gibt

und dass die sich einmischen.“ Damit versucht Bartsch, die PDS als offen zu präsentieren. Zugleich konzidiert er den kommunistischen Charakter der PDS – Kommunismus ist allerdings per definitionem undemokratisch beziehungsweise extremistisch. Der langjährige PDS-Chef Lothar Bisky hält „eine demokratisch-kommunistische Richtung in der PDS für unverzichtbar“. Doch Kommunismus und Demokratie verhalten sich zueinander wie Feuer und Wasser. Darüber versuchen SED-geschulte PDS-Dialektiker hinwegzutäuschen.

Helmut Holter, Ingenieur für Beton-technologie (Studium an der Parteihochschule in Moskau), äußert: „Ich mache ja keinen Hehl daraus, dass wir eine andere Gesellschaftsordnung wollen; das heißt aber nicht, dass wir morgen mit Waffengewalt hier Veränderungen erreichen wollen, sondern es geht darum, systematisch über demokratische Mittel Veränderungen zu erreichen.“ Es ist erfreulich: Wenigstens bis „morgen“ will der stellvertretende Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern (bis 2002) Deutschland gewaltlos verändern. Ähnlich wie rechtsextreme Parteien duldet die PDS intern Mitglieder, die das Gewaltmonopol des Staates missachten; Mitglieder, die Gewalt als Mittel innenpolitischer Auseinandersetzungen nicht ausschließen, billigen, gutheißen, fordern oder gar Gewalt anwenden. Ein anderer PDS-Funktionär erklärt: Ein „Irrtum ist es, den Sozialismus auf demokratische Weise erreichen zu wollen“. Gerne agiert die PDS pauschal gegen die Globalisierung, unterschlägt dabei aber meist, dass es vor allem kommunistische und andere Diktaturen sind, in denen materielle und andere Ungerechtigkeiten herrschen.

PDS und Diktaturen

Wie die PDS und rechtsextreme Parteien gestrickt sind, zeigen ihre diversen Ver-

suche, totalitäre Diktaturen zu beschönigen. Die linksextreme PDS fordert, die Geschichte der DDR sachlich und differenziert zu erörtern: „Betroffen und nachdenklich angesichts der Irrtümer, Fehler und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, befragen wir kritisch im Bewusstsein unserer eigenen Verantwortung für die Entstehung der sozialistischen Idee unsere geistige und politische Tradition. Gleichzeitig widersetzen wir uns der errinnerungslosen und resignativen Kapitulation vor den selbst ernannten Siegern der Geschichte.“ Die Öffnung der Stasi-Akten bezeichnen PDS-Spitzenfunktionäre als „Versuch zur restlosen moralischen Diskreditierung der DDR und ihrer Bevölkerung“. Wer das SED-Regime kritisiert, dem unterstellt die PDS gerne, er wolle „die“ DDR-Bürger abwerten. Selbstkritischen Äußerungen über die eigene Geschichte beziehungsweise die DDR lässt die PDS gern den Hinweis folgen, solche Selbstkritik dürfe nicht „auf die Abwertung der vergangenen gesellschaftlichen Verhältnisse“ hinauslaufen.

Um die zweite deutsche Diktatur zu legitimieren, bemerkt die PDS: Zur „DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit“. Immerhin war die Deutsche Demokratische Republik sogar nach ihrem Selbstverständnis eine „Diktatur des Proletariates“. Um möglichst keine Parallelen zwischen DDR und „Drittem Reich“ zu enttarnen, meidet die PDS – in SED-Tradition – meist den Begriff „Nationalsozialismus“ und bevorzugt stattdessen den Terminus „Nazismus“ beziehungsweise „Faschismus“. Doch der „Faschismus“-Begriff kann einen Beitrag leisten, Hitlers totalitäre Diktatur zu verharmlosen. Die rechtsstaatliche Auseinandersetzung mit den Trägern der SED-Herrschaft bedeutet für die PDS „Siegerjustiz“ – ein Begriff aus dem Arsenal der „Ehemaligen“ nach 1945.

Mit dem Ziel, den „antifaschistischen“ Gründungsmythos der DDR zu pflegen, betont die „antifaschistische“ PDS die kommunistischen Opfer Hitlers. So rückt der massenhafte Judenmord Hitlers in den Hintergrund. Dazu bemerkt François Furet: „Kommunisten sind nicht bereit, auf das Privileg zu verzichten, vor allen anderen Hitlers Hass auf sich gezogen zu haben.“ Bereits die kommunistische SED befand, Hitler sei lediglich ein Werkzeug der Bourgeoisie. Den Aufbau der zweiten deutschen Diktatur hält die PDS für eine legitime Alternative zum „Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war“. Die PDS will Hitlers massenhaften Judenmord offenkundig nutzen, um die SED-Diktatur zu beschönigen und die bundesdeutsche Demokratie zu diskreditieren. Ähnlich wie rechtsextreme Politiker lobt Tüve Schur (bis 2002 Mitglied der PDS-Bundestagsfraktion) Hitlers Beschäftigungspolitik. Ausführlich preist die PDS in ihrem Programm die „sozialen Errungenschaften“ der DDR. Auch rechtsextreme Politiker schwärmen von der antiamerikanischen, israelfeindlichen DDR, der es gelungen sei, sowohl Vollbeschäftigung zu sichern als auch „Zucht und Ordnung“ sowie eine „Überflutung“ durch Fremde zu verhindern.

Um Legitimität zu gewinnen, distanzieren sich PDS-Funktionäre zuweilen von Stalin, huldigen aber dem Massenmörder Lenin. Rechtsextreme Politiker wenden sich analog mitunter gegen Hitler, um zum Beispiel immerhin die „linke“ NSDAP der Brüder Strasser zu glorifizieren. Bisky beklagt die Niederschlagung des 17. Juni 1953, um kurze Zeit später Ulbricht als großen Staatsmann zu loben. Schönhuber beschimpft Juden als „Stinker“ und erklärt faktenresistent, Hitler habe sich in den Zweiten Weltkrieg „treiben lassen“. Die heutige

REP-Spitze befindet, die Entschädigung jüdischer Zwangsarbeiter gründe auf „Erpressung“. Ursache dieser angeblichen „Nötigung“ sei die „Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg“. Bereits Schönhuber befand, Deutschland habe in der Weltgeschichte nur ein Verbrechen begangen, nämlich zwei Weltkriege verloren zu haben.

Feindschaft gegenüber USA, Israel, NATO und Europa

Ähnlich wie rechtsextreme Parteien steuert die PDS einen antiisraelischen, anti-amerikanischen, nationalistisch-neutralistischen Kurs. Die REP monierten lange Zeit, die rot-grüne Bundesregierung unterwerfe sich den USA wie „die jämmerliche Figur des Untertans bei Thomas Mann“ – und entlarven sich damit als Kenner der deutschen Literatur. Dabei verkennen die REP: Heute können nur noch eng kooperierende Nationalstaaten große Herausforderungen meistern und damit stark bleiben. Die PDS fordert, die NATO aufzulösen und die Bundeswehr nur noch zur Landesverteidigung einzusetzen; im Kern will sie „die schrittweise Beseitigung aller Streitkräfte“. Weltweit zu bekämpfen seien vielmehr die sozialen Ursachen von Kriegen – wieder präsentiert die PDS den „Kapitalismus“ als Sündenbock. Im REP-Parteiprogramm heißt es: „Aufgabe deutscher Streitkräfte muss [...] ausschließlich die Verteidigung von Recht und Freiheit des eigenen Volkes bleiben.“

Ähnlich vehement wie die REP agitiert die PDS gegen den Vertrag von Maastricht, der drohe, „die EG in ein ökonomisches und militärisches Bollwerk zu verwandeln“. Ihre Anti-Euro-Agitation vermischen die REP ähnlich wie die PDS mit Antikapitalismus: „Profitieren werden vom Euro nur wenige international agierende Banken und Konzerne.“ Ähnlich wie rechtsextreme Parteien äußert die PDS immer wieder judenfeindliche Dis-

tanz gegenüber Israel – bereits die „antifaschistische“ SED versuchte, Israel als einen Hort des Kapitalismus, Imperialismus, Amerikanismus und Militarismus zu diskreditieren. Den Kampf der israelischen Armee gegen Arafat-Terroristen, die Selbstmord-Attentäter in Schulbusse schicken, bezeichnet die PDS als „quasi-totalen Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung“. Bereits Marx äußerte, Lasalle sei „ein jüdischer Nigger“. Die SED agitierte gegen das „Gift des Kosmopolitismus“ gegen die „Amerikanische Entseelung und Kulturbarbarei“ und folgte damit NS-Agitationsmustern.

Wie antiamerikanisch die Neo-SED agitiert, wie wenig sie rechtsstaatliche Verfahren akzeptiert, unterstreicht Gysis Kommentar nach der jüngsten US-Präsidentenwahl: „Auch eine gerichtlich abgesegnete Wahlfälschung bleibt eine Fälschung. Als führende westliche Weltmacht, die für sich in Anspruch nimmt, Hort der Demokratie zu sein, haben die USA sich langfristig und dauerhaft beschädigt.“ Gern agitieren sowohl REP als auch ihr PDS-Pendant gegen Anstrengungen der USA und ihrer Armee, Länder von Diktaturen zu befreien, darunter Länder mit muslimischen Mehrheiten und ohne Ölreserven. So qualifiziert die PDS den Kampf der USA und ihrer Partner in Afghanistan als „neues Beispiel für Staatsterrorismus“.

Die REP bezeichnen die rot-grüne Bundesregierung als „Kriegstreiber“, weil sie deutsche Soldaten nach Afghanistan schickt. Den Golfkrieg 1990/91 nennt Schönhuber einen „Krieg der amerikanisch-jüdischen Lobby“. Analog nennt die PDS den NATO-Einsatz in Ex-Jugoslawien „Angriffskrieg“. Gysi selbst reiste seinerzeit – als Nebenaußenminister – nach Belgrad, um sich medienwirksam als Friedensvermittler zu präsentieren. In der Hauptstadt Ex-Jugoslawiens traf er den serbischen Diktator Milošević, seinen alten Weggenossen, der

sich derzeit vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag wegen massenhafter Menschenrechtsverletzungen verantworten muss (Jörg Haider hingegen pflegt enge Kontakte zu Saddam Hussein beziehungsweise seinen Doppelgängern). Den Abrüstungskrieg gegen die Diktatur Saddam Husseins bezeichnen die REP populistisch als „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“; die PDS hält ihn für ein „rechtswidriges, militärisches Abenteuer“.

PDS-Wähler

Die Wählerpotenziale rechtsextremer Parteien und jene der PDS sind besonders kirchenfern, wobei die SED in den vierzig Jahren ihrer diktatorischen Herrschaft in Ostdeutschland Kirchenbindungen nachhaltig zerschlagen hat. Rund 23 Prozent derer, die 1998 bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt der rechtsextremen DVU ihre Zweitstimme gaben, wählten mit der Erststimme die PDS, wobei die ferngesteuerte Briefkastenpartei DVU bezeichnenderweise keine Wahlkreis-Kandidaten aufgestellt hatte. Im Unterschied zu rechtsextremen Wählern, deren Mehrzahl nur über eine geringe formale Bildung verfügt, liegt das formale Bildungsniveau der meisten PDS-Wähler über dem Durchschnitt. Während rechtsextreme Parteien stark aus dem Wählerpotenzial „linker“ Parteien schöpfen, lässt sich die PDS kaum begründet als Arbeiterpartei bezeichnen, sondern eher als Partei der früheren DDR-Oberschicht, der Profiteure des SED-Regimes, der „Ehemaligen“, ihrer Sprösslinge und Sympathisanten.

Erfolgsbedingungen der Extremisten

Die politische Schlagkraft der PDS ist außerordentlich. Im Unterschied zu rechtsextremen Parteien nutzt die links-extreme PDS sowohl Apparat als auch geschultes Personal einer einstigen Diktaturpartei: In der PDS überwintert und

wirkt der harte Kern der SED. Die Neo-SED ist in ostdeutschen Kommunen breit und tief verwurzelt; vor allem dank vieler „Turbo-Rentner“, die sich um konkrete Sorgen vieler Bürger kümmern. Keine Partei verfügt im Osten über so viele politisch erfahrene, aktive Mitglieder. Im Westen führt die PDS wie rechtsextreme Parteien ein politisches Eremitendasein, im Osten wirkt sie mitten im Leben, nahe bei den Bürgern. Die gesellschaftliche Verwurzelung der PDS im Osten unterscheidet sich deutlich von der Isolation, unter der rechtsextreme Parteien weithin leiden.

Jürgen Lang und Patrick Moreau befinden: „In ihrer Gesamtheit bilden alle Vorfeld- und PDS-nahen Organisationen (rund hundert) ein dichtes, arbeitsfähiges Netz, das die neuen Länder flächendeckend überzieht. Zudem verfügen sie über ausreichende Geldmittel. Die Organisationen übernehmen konsequent alle Positionen der PDS und vertreten sie in der Öffentlichkeit. Sie sind nützliche Werkzeuge der subversiven Taktik der PDS.“ Hinzu kommt: PDS-Politiker, vor allem Gysi, bekommen und nutzen diverse Chancen zur Selbstpräsentation im Fernsehen – inzwischen bezeichnen siebzig Prozent der Ostdeutschen TV-Star Gysi als sympathisch.

Immer wieder finden sich Prominente, die (erfolgreich) auf PDS-Listen für den Bundestag kandidieren: Zum Beispiel der Schriftsteller Stefan Heym, das DDR-Radsportidol Täve Schur, die ehemalige Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks, Luc Jochimsen, und der Sohn des DDR-Regimegegners und Reformkommunisten Havemann. Im Unterschied zu den rechtsextremen Parteien, die miteinander konkurrieren und sich so mitunter gegenseitig unter die Fünf-Prozent-Hürde drücken (deshalb treffen sie seit einiger Zeit Absprachen, wer wo kandidiert und wer nicht), wirkt die PDS erfolgreich als linksextreme Sammlungs-

partei. Sowohl PDS als auch rechtsextreme Parteien sind Beobachtungsobjekt des (Bundes-)Verfassungsschutzes. Die linksextreme PDS kann anders als die rechtsextremen Parteien zugleich darauf verweisen, als Koalitionspartner einer verfassungstreuen Partei akkreditiert zu sein. Wer profitiert langfristig mehr von der Kooperation: PDS oder SPD? Inzwischen, seit dem PDS-Parteitag in Gera, dominieren in der Partei klar jene Delegierten, die meinen, die Regierungsbeteiligungen der PDS brächten ihr mehr Nachteile als Nutzen, zumal in Zeiten knapper öffentlicher Kassen.

Was tun?

Bei aller Nuancierung im Einzelnen: PDS und REP sind gegensätzliche Geschwister, die viel verbindet. Beide wurzeln vor allem in extremistischem Grund. Geringer als es zuweilen scheint beziehungsweise scheinen soll, sind hingegen die Links-rechts-Unterschiede zwischen beiden Parteien. Was tun, was unterlassen? Es gibt erfahrungsgemäß keine Patentrezepte mit Erfolgsgarantie, wie mit extremistischen Parteien umzugehen ist. Wesentlich ist es, differenziert, gelassen und entschlossen jene Probleme zu lösen, die aus der Sicht der Wähler extremistischer Parteien primär zu lösen sind: Je stärker sich die verfassungstreuen Parteien dieser Aufgabe widmen, desto schwieriger ist es für extremistische Parteien, mit undifferenzierten Lösungen zu punkten. Zu vermeiden ist der Eindruck, „die“ Politiker (und Journalisten) missachteten bestimmte Hauptprobleme. Deshalb bleibt es wichtig, virulente Probleme anzupacken, bevor sie sich auf türmen.

Wer die schwierigen Probleme vor allem der Kriminalität und Ausländer-Integration dauerhaft vernachlässigt, fördert damit unter Umständen rechtsextreme Parteien. Während es 1993 durch eine

Grundgesetz-Änderung gelang, die Massenzuwanderung zu verringern, sind die vielschichtigen Probleme (Strukturwandel, Investitionsschwäche und Arbeitslosigkeit) in Ostdeutschland nur durch eine Vielzahl von Maßnahmen zu bewältigen. Der linksextremen PDS Wähler „abzuja-gen“ ist besonders schwierig. Auch deshalb, weil diese Partei nach wie vor besonders schlagkräftig und mobilisierungsfähig ist.

Kein legitimes Mittel, um extremistische Parteien zu bekämpfen, ist es, deren Positionen zu kopieren. Gerade nach den Erfahrungen der 1930er Jahre wäre es deshalb unverantwortlich gewesen, gegen den Hitler- und Stalin-Fan Saddam Hussein beinahe eine wohlfeile Appeasement-Methode zu steuern. Saddam Hussein hatte bereits zwei Angriffskriege geführt. Nach eigenen Angaben wollte er ganz Israel zum „Krematorium machen“. Erhebliche Teile der irakischen Bevölkerung hat er mit Giftgas ermordet. Er hat B- und C-Waffen besessen und eingesetzt. Je mehr Massenvernichtungswaffen ein solcher Diktator zur Verfügung und Weitergabe in die Hand bekommt, desto stärker droht sich die Rüstungsspirale nach oben zu drehen, desto stärker wird sein Erpressungspotenzial gegen die Völkergemeinschaft, wie der Fall Nordkorea zeigt. Gerade deshalb strebte auch Saddam Hussein nach Massenvernichtungswaffen. Wer hingegen immer wieder UNO und Völkerrecht vorschiebt, dem ist entgegenzuhalten, dass auch in der UNO nicht zuletzt Diktatoren agieren.

André Glucksmann fragt, ob es in Europa heute vielleicht fünfzig Millionen Menschen mehr gäbe, wären die Westalliierten Hitler früher fester entgegengetreten. Wann besuchen deutsche Antiamerikanisten US-Soldatenfriedhöfe in Europa?